



Vier junge Menschen aus Berlin haben im Februar 2004 in den UHW-Pflegeheimen „Alt-Trepow“, Hoffmannstraße 10, und „Dr. Günter Hesse“, Pankower Straße 14, eine Altenpflegeausbildung aufgenommen.

Unionhilfswerk bildet aus

Das Unionhilfswerk gehört damit zu den insgesamt sechs Trägern, die eine solche Ausbildung anbieten. Die Azubis werden in den Pflegeheimen von erfahrenen Fachkräften bei der praktischen Ausbildung angeleitet und betreut. Darüber hinaus wer-



Foto: Lusch
Geschäftsführung und Fachbereichsleitung begrüßten die jungen Auszubildenden im Unionhilfswerk und überreichten ihnen ihre Ausbildungsverträge

den sie auch andere Einrichtungen des UHW's für Senioren kennen lernen. Nach erfolgreichem Abschluss sollen sie als Mitarbeiter im UHW tätig werden.

LICHTERFELDE-SÜD:

Neue Seniorenfreizeitstätte

Gute Nachricht für alle Senioren in Lichterfelde-Süd:

Nachdem der Bezirk Steglitz-Zehlendorf die Freizeitstätte in der Scheelestraße 109-111 finanziell nicht mehr tragen konnte, bietet das Unionhilfswerk jetzt seit Jahresbeginn dort ein vielfältiges Angebot. Die Freizeitstätte wurde vom UHW reno-

viert. Die Senioren finden hier Gesellschaft, können Mittag essen oder Kaffee trinken. Daneben gibt es kulturelle, informative und gesellige Veranstaltungen. Geist und Glieder werden beim Tanzen, Wandern oder Kartenspielen fit gehalten. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass die vielseitigen Räumlichkeiten

von Unternehmen, Vereinen usw. sowie durch Privatpersonen angemietet werden. Für soziale oder rechtliche Fragen findet regelmäßig eine Beratung statt. Auch bei Problemen im Umgang mit Behörden und Ämtern oder beim Ausfüllen von Formularen helfen die Mitarbeiter und freiwilligen Helfer des UHW.

Berlin hinten im Städte-Ranking

Der rot-rote Senat ist nach Ansicht des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Joachim Zeller für das miserable Abschneiden Berlins im bundesweiten Städtevergleich verantwortlich.

Insbesondere das Duo Wowereit und Sarrasin hätten dem Image der Stadt durch ihre eigenwillige Kommunikationsstrategie und zahlreiche persönliche Auftritte sehr geschadet. Von den verfassungsrechtlichen Stockfehlern im Bundesrat über diverse Glamour-Geschichten des Regierungschefs bis zum

bundesweiten Schlechtreden Berlins durch den Finanzsenator hätten in den letzten zwei Jahren zu viele Negativschlagzeilen das Bild geprägt, so Joachim Zeller. Joachim Zeller: „Großspuriger Spaß in der totalen Misere - das ist das Bild, welches in den letzten zwei Jahren entstanden ist. Die CDU fordert dagegen kreativen Fleiß und das ein oder andere positive Signal aus Berlin. Eine konsequente Entbürokratisierungs-Offensive wäre ein längst überfälliges Beispiel dafür. Dann würde Berlin auch im Ansehen

der mittelständischen Wirtschaft Boden gut machen, denn nur dort werden noch Arbeitsplätze gehalten oder können neue entstehen.“

Berlin müsse jetzt auch die dringend nötigen Verkehrsinfrastrukturprojekte anfassen. Wenn man zum Beispiel vor der Fertigstellung des internationalen Großflughafens im Berliner Senat über Flughafenschließungen diskutiere, gebe man die Stadt im nationalen und internationalen Ansehen der Wirtschaft erneut der Lächerlichkeit preis, so Joachim Zeller.

Newton-Nachlass: Paris neidisch auf Berlin?

Die Pariser Tageszeitung „Le Monde“ hat unlängst berichtet, eigentlich hätte der Fotograf Helmut Newton seinen Nachlass in Paris ausstellen wollen, sei dann aber enttäuscht nach Berlin ausgewichen. Newtons Witwe und andere widersprechen vehement. Der Standort Berlin sei ein „tiefer Wunsch“ des Künstlers gewesen. Soweit

die Tatsachen. Interessant ist aber, dass sich anscheinend die Pariser gemüßigt sehen, leicht beleidigt mit einem Hauch von Arroganz, Berlin zu erklären, es sei zweite Wahl. Diese etwas unfreiwillige Pariser Selbstdarstellung ist, wenn nicht gleich der Gegenbeweis, dann doch ein Lob für die deutsche Hauptstadt. Berlin spielt im Reigen

internationaler Metropolen mit. Immerhin. Auch wenn politische Selbstversuche der Güte „Sparen-bis-es-quietscht“ uns Berlinern das einst kräftige Selbstwertgefühl zu nehmen scheinen, lohnt immer wieder ein Blick von außen auf die Stadt. Dank also an Paris für die Erkenntnis - Berlin kann nach wie vor erste Wahl sein. (dr)

In Sachen Kiezpolizei Nachhilfe für den Senat

Das auf Antrag der CDU durch den Senat auf den Weg gebrachte Konzept der so genannten „Kiezpolizei“ drohte zu einem „zahnlosen Tiger“ zu verkommen.

Erst die Intervention des „Rat der Bürgermeister“ und hierbei allen voran die Reinickendorfer Bürgermeisterin Marlies Wanjura sorgte dafür, dass die Frauen und Männer im Außendienst nicht tatenlos zusehen müssen, wenn sie Ordnungswidrigkeiten beobachten. Sie erhalten nun sowohl eine passive Bewaffnung als auch ausreichende Befugnisse um gegen „Schmutzfinken“ aller Art vorzugehen.

„Ich bin froh, dass die Kiezpolizei nun mit Schlagstöcken und Pfefferspray ausgestattet wird, um sich selbst zu schützen und ihre Aufgabe wirkungsvoll wahrnehmen

zu können“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU, Jörn Jakob Schultze-Berndt. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht mehr Sauberkeit und eine höhere Sicherheit im öffentlichen Raum durch den Einsatz der Kiezpolizei. Das Konzept des Senates war in dieser Beziehung jedoch völlig unzureichend.“

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Arbeitsgeschwindigkeit im Senat. Der Antrag der CDU zur Errichtung der Ordnungsämter stammt vom Juni 2003. Das Ziel von SPD-Innensenator Körting war es, die Ämter bis zum 1. April 2004 einzurichten. Auch der Ersatztermin 1. August 2004 ist unsicher, da weiterhin viele Fragen, wie die der Mittelverteilung und Ausbildung, ungeklärt sind.

Grillen ohne Müll

„Schon Wochen vor Sommeranfang verkommt der Große Tiergarten zu einer großen Müllhalde. Das ist eine Schande. Schluss mit der Vermüllung - im Interesse der Natur, aber auch der ordentlichen Berliner und auswärtigen Besucher des Parks!“, erklärten der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel, und der CDU-Abgeordnete und Kreisvorsitzende von Mitte, Stephan Tromp. Der Senat habe es bisher regelrecht verschlafen, die sogenannten Kiezstreifen wie geplant ab dem 1. April einzuführen, sagte Henkel. Sie werden voraussichtlich erst ab September eingeführt,



wenn der Sommer schon vorbei ist. Tromp ergänzte: „Die Müllbeseitigung kostet den Steuerzahler nicht nur Unsummen, sondern wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Lebensqualität in der Stadt und auf den Umgang mit öffentlichem

Eigentum. Gerade der Innenstadtbezirk Mitte ist auf seine Grünflächen angewiesen. Für viele Bürger ist dies die einzige Möglichkeit, sich zu erholen. Aus dieser grünen Lunge der Stadt wird

allerdings alljährlich der Abfallimer Berlins. Dies ist nicht länger hinnehmbar.“ Beide Abgeordnete forderten den Senat auf, bis zur Aufstellung der Kiezstreifen mittels verstärkter Polizeipräsenz in den Parks für Ordnung zu sorgen.